



**- Finanz-, Wirtschafts- und Sozialausschuss -
- 17. Wahlperiode -**

An die
Mitglieder des Finanz-, Wirtschafts- und
Sozialausschusses

Nachrichtlich
an alle Kreistagsabgeordneten
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Protokoll

über die 14. Sitzung des Finanz-, Wirtschafts- und Sozialausschusses am 14.03.2019

Anwesend:

Herr Walter Goda (Vorsitzender)
Frau Martina Spille (stellv. Vorsitzende)
Herr Heiko Bertelt
Herr Robert Blömer
Herr Stephan F. Blömer
Herr Norbert Bockstette
Herr Bernard Echtermann
Herr Kurt Ernst (beratendes Mitglied)
Herr Martin Fischer
Herr Dr. med. Ludger Kampsen
Herr Kristian Kater
Frau Dr. med. Christa Kiene-Schockemöhle
Frau Silvia Klee
Herr Heribert Kolhoff
Herr Josef Kruse
Herr Dr. Stephan Siemer
Herr Paul Trenkamp (Grundmandat)
Herr Herbert Winkel (Landrat)

Vertretung für Herrn Andreas Windhaus

Entschuldigt:

Herr Andreas Windhaus

Hinzugezogen:

Herr Hartmut Heinen (Erster Kreisrat)
Herr Holger Böckenstette (Kreisrat)
Frau Petra Jansen
Herr Berthold Winter (Protokollführer)

Sodann wird folgende Tagesordnung behandelt:

1. Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung und Beschlussfähigkeit
3. Feststellung der Tagesordnung
4. Genehmigung der Niederschrift über die 13. Sitzung des Finanz-, Wirtschafts- und Sozialausschusses am 06.12.2018
5. Bezahlbares Wohnen (614/2019)
6. Durchführung Folgeprojekt „Perspektive: Pflegeausbildung!“ (595/2019)
7. Genehmigung über-/außerplanmäßiger Aufwendungen und Auszahlungen (603/2019)
8. Jahresabschluss 2016 und Entlastungserteilung; Verwendung des Jahresergebnisses (602/2019)

I. Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende Walter Goda eröffnet die Sitzung um 17:02 Uhr.

2. Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung und Beschlussfähigkeit

Der Ausschussvorsitzende stellt fest, dass die Ladung ordnungsgemäß und fristgerecht erfolgt und die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

3. Feststellung der Tagesordnung

Landrat Herbert Winkel verweist auf den von KTA Paul Trenkamp beantragten Sachstandsbericht zum Bauvorhaben am Kornblumenweg. Aufgrund des sachlichen Zusammenhangs verständigt sich der Ausschuss auf eine Sachstandsmitteilung beim TOP 5 „Bezahlbares Wohnen“.

Die Tagesordnung wird einstimmig festgestellt.

4. Genehmigung der Niederschrift über die 13. Sitzung des Finanz-, Wirtschafts- und Sozialausschusses am 06.12.2018

Die Niederschrift über die 13. Sitzung des Finanz-, Wirtschafts- und Sozialausschusses am 06.12.2018 wird einstimmig bei einer Enthaltung genehmigt.

5. Bezahlbares Wohnen (614/2019)

EKR Hartmut Heinen berichtet über den bauplanerischen Stand des Bauvorhabens am Kornblumenweg in Vechta. Derzeit werde auch ein öffentlich rechtlicher Vertrag mit der Stadt Vechta erarbeitet. Ein Zeitpunkt für die Fertigstellung des Bauprojektes könne nicht genannt werden.

KTA Martina Spille begründet den Antrag der CDU-Fraktion zur Förderung von bezahlbarem Wohnraum. Das vorgelegte Konzept sei im Vorfeld auch an die Kreistagsfraktionen versandt worden. Durch die angestrebte Modulbauweise könne eine wirtschaftliche und einheitliche Bauweise in allen Gemeinden erreicht werden. Umsetzungsprobleme wie z. B. fehlende Baugrundstücke seien bekannt. Der Begriff Sondervermögen sei gewählt worden, da beispielsweise nicht beurteilt werden könne, welche Rechtsform steuerliche Vorteile biete. Es werde auch nicht die Inanspruchnahme der GeWobau ausgeschlossen. Mit Hinweis auf die noch offenen Fragen beantrage sie, dem Landrat einen Prüfauftrag zur Umsetzbarkeit des vorgelegten Konzepts zu erteilen.

Auf den weiterhin bestehenden Bedarf an bezahlbarem Wohnraum weist KTA Heiko Bertelt hin, wobei auch ein Quadratmeterpreis von 6,50 € schon recht teuer sei. Bei der Planung und Umsetzung von Wohnbaumaßnahmen sei eine enge Abstimmung mit den Kommunen erforderlich.

Die SPD wird nach Aussage von KTA Silvia Klee das Konzept in ihrer Klausurtagung am 23.03. beraten. Sie vermisse konkretere Umsetzungsvorschläge und halte klare Vergabekriterien für erforderlich.

Nach Auffassung von KTA Paul Trenkamp benötige die GeWobau aufgrund der hohen Eigenkapitalquote von 53 % keine finanzielle Unterstützung; sie könne problemlos 100 Mio.€ an Baukrediten bekommen. Mit Grundstücken auf Erbpacht oder mit günstigen Baugrundstücken von den Gemeinden könnte Wohnraum für einen Mietzins von fünf Euro pro Quadratmeter geschaffen werden. Personalkapazitäten seien vorhanden.

KTA Stephan Blömer erwartet einen Konkurrenzkampf unter den Kommunen bei der Frage, wo zuerst gebaut werden solle. Mit den eingeplanten 10 Mio.€ könnten sinnvoller Baumaßnahmen der Kommunen bezuschusst werden. Er schlage ein Gespräch mit allen Beteiligten vor.

Ob ein Wohnungsbau auf Landkreisebene richtig sei, stellt KTA Kristian Kater in Frage. Die Städte und Gemeinden hätten die Flächen zum Bau. Er empfehle eine Erweiterung des Prüfauftrages um mögliche Zuschussvarianten.

Landrat Herbert Winkel sieht etwaige Zuweisungen an Kommunen in erster Linie als eine politische Entscheidung der Kreistagsabgeordneten. Bei Prüfaufträgen zur

Umsetzbarkeit von Wohnungsbaukonzepten könnten seitens der Verwaltung, ggfls. in Zusammenarbeit mit externen Fachberatern, Vorschläge für eine Umsetzung erarbeitet werden, welche dann in die weiteren politischen Beratungen einfließen können.

Sodann beschließt der Ausschuss mehrheitlich bei drei Enthaltungen und einer Nein-Stimme:

Dem Kreistag wird empfohlen zu beschließen:

„Der Landrat erhält den Auftrag, die Umsetzbarkeit des vorgelegten Konzepts zur Förderung von bezahlbarem Wohnraum zu prüfen.“

6. Durchführung Folgeprojekt „Perspektive: Pflegeausbildung!“ (595/2019)

Das Folgeprojekt begründet EKR Hartmut Heinen. Ein entsprechender Antrag sei zusammen mit dem Landkreis Cloppenburg gestellt worden. Auf Nachfrage des beratenden Ausschussmitgliedes Kurt Ernst erläutert EKR Hartmut Heinen die Ziele des Projekts im Vergleich zu den Aufgaben der im vergangenen Jahr gegründeten Pflegekammer.

KTA Dr. med. Ludger Kampsen befürwortet das Projekt und nennt Beispiele für die Auswirkungen des aktuellen Personalmangels.

Die Flexibilität vor Ort betont KTA Heiko Bertelt.

Nach Auffassung von KTA Stephan Blömer sind Pflegekräfte schwer zu gewinnen, solange in anderen Bereichen wie der Kunststoffindustrie ein Euro pro Stunde mehr gezahlt werde.

Sodann beschließt der Ausschuss einstimmig:

„Dem Kreistag wird empfohlen zu beschließen, das Projekt Perspektive: Pflegeausbildung! durchzuführen und die erforderlichen Haushaltsmittel in Höhe von insgesamt 276.700 € in den Haushaltsjahren 2019 bis 2021 zur Verfügung zu stellen.“

7. Genehmigung über-/außerplanmäßiger Aufwendungen und Auszahlungen (603/2019)

Die genehmigungsbedürftigen über-/außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen begründet Amtsleiterin Petra Jansen.

Sodann beschließt der Ausschuss einstimmig:

Dem Kreistag wird empfohlen zu beschließen:

„Die nachstehenden über-/außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen mit einem Gesamtbetrag von 911.287,70 € werden beschlossen:

1) Budget THH 39:	190.913,22 €
2) Budget Bauunterhaltung:	22.363,99 €
3) Außerordentliche Aufwendungen:	66.578,18 €
4) Investive Auszahlungen THH 50:	561.157,49 €
5) Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen JFZ:	48.702,75 €
6) Sonstige ordentliche Aufwendungen JFZ:	5.285,18 €
7) Investive Auszahlungen Hochbau JFZ:	16.286,89 €

8. Jahresabschluss 2016 und Entlastungserteilung; Verwendung des Jahresergebnisses (602/2019)

Der Landrat legt gem. § 129 NKomVG den Jahresabschluss, den Schlussbericht des Rechnungsprüfungsamtes und seine eigene Stellungnahme zu diesem Bericht zur Beschlussfassung vor.

KR Holger Böckenstette erläutert den Jahresabschluss für das Haushaltsjahr 2016.

Sodann beschließt der Ausschuss einstimmig:

Dem Kreistag wird empfohlen zu beschließen:

„Die Jahresabschlüsse 2016 des Landkreises Vechta und des Jugend- und Freizeitzentrums am Dümmer werden beschlossen und dem Landrat wird Entlastung erteilt.

Der sich aus der Ergebnisrechnung des Landkreises Vechta ergebende Überschuss des ordentlichen Ergebnisses in Höhe von 2.086.422,91 € wird in Höhe von 1.355.187,55 € der „Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses“ zugeführt.

Dem „Sonderposten Gebührenaussgleich Abfallbewirtschaftung“ wird ein Betrag in Höhe von 616.344,06 € und dem Sonderposten Gebührenaussgleich Rettungsdienst wird ein Betrag in Höhe von 114.891,30 € zugeführt.

Der festgestellte Fehlbetrag des außerordentlichen Ergebnisses in Höhe von 9.892,66 € wird durch die Entnahme aus der „Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses“ gedeckt.

Der sich aus der Ergebnisrechnung des Regiebetriebes Jugend- und Freizeitzentrum am Dümmer ergebende Überschuss im ordentlichen Ergebnis in Höhe von 140.889,02 € wird der „Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses“ zugeführt.“

Ende der Sitzung: 17:52 Uhr

Vechta, 18.03.2019

Winkel
Landrat

Winter
Protokollführer